

WIENER LANDESREGIERUNG



MD-406-2/90

Wien, 16. Februar 1990

Richterdienstgesetz;
Entwurf einer Richterdienst-
gesetz-Novelle 1990,
Begutachtungsverfahren,
Stellungnahme

Schriftl. GESETZENTWURF	
Z.	19 - GE 9/90
Datum: 19. FEB. 1990	
Verteilt.	21.2.90 Aus

An das
Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Bei-
lage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff
genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Handwritten signature: H. Atzwanger

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **4000-82122**

MD-406-2/90

Wien, 16. Februar 1990

Richterdienstgesetz;
Entwurf einer Richterdienst-
gesetz-Novelle 1990,
Begutachtungsverfahren,
Stellungnahme

zu GZ 921.105/3-II/A/1/90

An das
Bundeskanzleramt

Zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf nimmt das Amt der
Wiener Landesregierung wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 5 (§ 150 Abs. 2):

Statt "Der gemäß Abs. 1 gekürzte Teil der Bezüge ist nach-
zuzahlen, wenn" sollte es besser "Der infolge der
Kürzung gemäß Abs. 1 einbehaltene Teil der Bezüge ist nach-
zuzahlen, wenn" lauten.

Zu Art. II:

Im Zusammenhang mit der Neufassung des § 150 Richterdienstge-
setz wird die Schaffung einer Übergangsbestimmung (ähnlich
wie Art. XI des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 237/1987 zur Änderung
des § 112 Abs. 4 BDG 1979) angeregt.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme
an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peischl', written over a horizontal line.

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor